



10 Jahre Hartz IV

Gewinner und Verlierer

Vor 10 Jahren, am 1. Januar 2005, trat das „Vierte Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt“ in Kraft. Hartz IV war das Herzstück der sogenannten Reformpolitik der rot-grünen Schröder-Regierung. Verlierer dieser Politik waren Millionen Erwerbslose, die nach dem Motto „Fördern und Fordern“ gedemütigt und politisch entmündigt wurden.

Dies gilt auch für über 2.000 in Kranichstein lebende Menschen. Trotz „sozialer Stadt“ und anderer Fördermaßnahmen hat sich diese Zahl in den letzten Jahren nicht verändert.

Ein Hauptziel von Hartz IV war die Schaffung eines Niedriglohnssektors. Stark zugenommen hat die Leiharbeit. Die Zahl der Leiharbeiter hat sich verdreifacht. Trotz Unsicherheit und Flexibilität verdienen sie deutlich weniger als fest angestellte Kollegen. Arbeitslose werden seit den Hartz-Gesetzen bevorzugt in Leiharbeit vermittelt, denn jede dritte gemeldete offene Stelle ist inzwischen ein derartiger Job. Der einzelne Arbeitslose kann sich wegen drohender Sanktionen kaum dagegen wehren.

Auf den ersten Blick erscheinen die Resultate positiv: Von 2004 bis 2014 ist die offizielle Arbeitslosenzahl um rund 1,5 Millionen Menschen zurückgegangen. Viele Arbeitslose werden aber nicht mehr als solche gezählt. Wenn sie sich in diversen "Maßnahmen" der Arbeitsagentur befinden, kurzfristig erkrankt oder älter als 58 Jahre sind, fallen sie aus der Arbeitslosen-Statistik heraus. Aussagekräftiger ist die Zahl der erwerbsfähigen Hartz IV-Empfänger, die mindestens drei Stunden täglich arbeiten können. Ihre Zahl ist im Jahr 2014 fast genauso hoch wie 2005. Von einer erfolgreichen „Aktivierung“ von Langzeitarbeitslosen kann keine Rede sein. Einer halben Millionen offener Arbeitsstellen stehen über



Im Frühjahr 2010 besuchten Mitglieder der Gewerkschaftlichen Arbeitsloseninitiative Darmstadt das Darmstädter FDP-Büro. Eine Reaktion auf die Aussage des damalige FDP Vorsitzende Westerwelle, Leistungen für Erwerbslose erinnerten ihn an "spätromische Dekadenz"

vier Millionen erwerbsfähige Hartz-IV-Empfänger gegenüber. Einen realen Rückgang der Arbeitslosigkeit gibt es nicht.

Im Jahr 2003 waren 71 % des Volkseinkommens Löhne und Gehälter, 2007 waren es nur noch 63 %. Entsprechend sind die Gewinne der Unternehmer und Kapitalbesitzer seit und durch Hartz IV gestiegen. Für Arbeitslose aber war und ist Hartz IV ein Desaster und für Beschäftigte eine Angst

machende Peitsche.

Die Darmstädter Hartz-IV-Parteien SPD-Grüne-CDU-FDP haben diese Entwicklung mitverschuldet. Ihre Antwort auf die Probleme sind Brosamen, wie das Förderprojekt „Soziale Stadt“ oder „partizipative Entwicklungskonzepte“. Für Betroffene gibt es allerdings nur ein Konzept: sich organisieren, nicht vereinzeln lassen und politisch Druck machen. [rk]

Haltepunkt-Verlegung höchste Eisenbahn

Das Stellwerk neben den Schranken am Bahnübergang Jägertorstraße ist in die Jahre gekommen. Die Stellwerkstechnik soll erneuert und auf Fernstellung umgestellt werden. Eine gute Gelegenheit, den Haltepunkt der Bahn auf die andere Seite des Bahnüberganges zu verlegen.

Dort ist die Endhaltestelle der Straßenbahn mit ihrer Wendeschleife. Und auf der anderen Seite des Bahnüberganges hält die Buslinie A nach Arheilgen und zur S-Bahn nach Frankfurt. Ein Umsteigepunkt wie im Lehrbuch und einfach dazu. Denn er kommt mit nur einem Bahnsteig aus. Die Züge von und nach Mainz und Aschaffenburg treffen sich im Darmstädter Hauptbahnhof um die Minute 30 mit den Zügen aus anderen Richtungen. Deswegen werden sich Personenzüge zwischen Kranichstein und Nordbahnhof auch bei Verspätung nicht begegnen. Dies auch nicht in der Hauptverkehrszeit, wenn sie alle halbe Stunde verkehren. Daher ist nur ein Bahnsteig erforderlich. Selbst die vorhandenen zwei Wartehäuschen lassen sich umsetzen. Eine gute Gelegenheit zu zeigen, dass auch sparsam und zweckmäßig gebaut werden kann.

Ein Neubau kann auch Leben retten. Bis jetzt muss in Richtung Darmstadt der Zug am

Zwischenbahnsteig bestiegen werden. Dazu ist Gleis 1 zu über-queren. Der Übergang ist mit einer Fußgängerschranke ge-sichert. Vor einigen Wochen war diese Schranke geöffnet, als plötzlich ein Zug auf Gleis 1 einfuhr. Aufmerksame Bahnnutzer, die schon auf dem schmalen Zwischenbahn-steig standen, konnten durch Rufen und Winken andere Menschen rechtzeitig warnen.

Es ist höchste Eisenbahn für eine Verlegung.

[wk]



Bahnübergang Jägertorstrasse - wohin soll der neue Bahnhaltepunkt?

Die Sowjetunion trug die Hauptlast

Die Völker Europas feiern jeden 8. Mai zu Recht als „Tag der Befreiung“. Alle Völker? Es dauerte lange, bis die Mehrheit von uns Deutschen das ebenso sah.

Dieses Jahr rundet sich dieser Jahrestag zum 70. Mal. Hitlers Wehrmacht überfiel viele Völker Europas nacheinander in mehreren „Blitzkriegen“. Erst der Überfall auf die Sowjetunion sollte Schreckensregiment, Terror und Tod schließlich das verdiente Ende bereiten.

Denn die Rote Armee leistete unter hohem Blutzoll unerwartet Widerstand. Die erste

Niederlage vor Moskau im Dezember 1941 wurde noch „General Winter“ zugeschoben. Doch der Krieg tobte danach noch fast vier Jahre weiter und sollte 27 Millionen Bürger der Sowjetunion das Leben kosten. Drei Jahre davon musste die Rote Armee auf die Landung am 6. Juni 1944 in der Normandie warten. Unvergleichbar auch die materiellen Verluste, die die Sowjetunion hinnehmen musste: Unzählige Städte und Dörfer, Eisenbahnen, Industriewerke usw. wurden beim Rückzug von der Hitler-Wehrmacht gesprengt,

[weiter Seite 2]

DER KOMMENTAR**Spielwiese
Bürgerbeteiligung****Darmstadt und die
"gefühlte" Demokratie**

Rainer Keil

Bürgerbeteiligung ist derzeit in. Die Stadt macht da begeistert mit. Eigens dafür wird eine Richtlinie geschaffen – die *"Leitlinien zur Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger in der Wissenschaftsstadt Darmstadt"*. In Workshops, in Stadtteilforen, per Post und E-Mail dürfen wir uns einbringen. Die Stadt will sich einfach und verständlich darstellen. Damit sollen auch sogenannte schwer erreichbare Zielgruppen angesprochen werden. Es soll eine Vorhabenliste geben, in der aufgelistet wird, wobei wir mitmachen können und wobei nicht. Entschieden wird aber durch Stadtverordnetenversammlung und Magistrat.

"Sparen bei den Armen statt Streichen bei den Reichen" - nach diesem Motto machen die Herrschenden in Berlin, Wiesbaden und Darmstadt Politik. Dort werden die Bedingungen der Kommunalpolitik diktiert. Und daran wird sich nichts ändern, denn auch Darmstadt hat sich unter den "Rettungsschirm des Landes" begeben und damit jeden haushaltspolitischen Spielraum aufgegeben.

Wir meinen: Bürgerbeteiligung ohne wirklichen Einfluss täuscht Mitsprache nur vor, übrig bleibt eine Spielwiese.

[Fortsetzung von Seite 1: Die Sowjetunion trug ...]

angezündet, zerstört. Zu Recht wird das Ende der Zerstörung (auch deutscher Städte) am 8. Mai 1945 gefeiert. Die Partei „Die Linke“ stellte im Bundestag den Antrag, den 8. Mai zum gesetzlichen Feiertag zu machen. Unverständlich: Dies wurde vom Bundestag abgelehnt!

Dazu passt, dass der ukrainische Regierungschef Arseni Jatschenko geschichtliche Tatsachen in einem ARD-Interview auf den Kopf stellen konnte. Hier behauptete er, die Befreiung der Ukraine Ende 1943 sei eine „russische Invasion“ gewesen. Einige Mitglieder seiner Regierung sind heute noch erklärte Anhänger jener Ukrainer wie Bandera, die Polen massakrierten und Wehrmacht und SS bei der Ausrottung der Juden in diesen Jahren mithalfen. In der deutschen Öffentlichkeit widersprach niemand diesem Mann. So darf es nicht verwundern, dass alle Parteien des Bundestags den Antrag der Partei „Die Linke“ ablehnten. Da die Sowjetunion die Hauptlast des Krieges gegen Hitler-Deutschland getragen hat, war das eine schäbige Reaktion! [ts]

Humanitäre Katastrophe im Donbass

Mehr als 5.000 Tote und 1,5 Mio Flüchtlinge – das ist die Bilanz des Bürgerkriegs in der Ukraine. Im Donbass verhungern und erfrieren täglich Menschen. Die Gesundheitsversorgung ist zusammengebrochen.

Das ist den deutschen Medien kaum eine Zeile wert. Humanitäre Hilfe direkt in die Krisenregion in die von den Rebellen kontrollierten Gebiete wird von der ukrainischen Regierung verweigert. Obwohl im Minsk II Abkommen vereinbart, gibt es noch immer keinen sicheren Korridor für Hilfslieferungen. Der einzige Weg führt über Russland. Aber wer den geht, wie zuletzt die LINKE- Bundestagsabgeordneten Wolfgang Gehrke und Andrej Hunko riskiert von der ukrainischen Regierung zu einer „persona non grata“ - unerwünschten Person – erklärt zu werden und damit ein Einreiseverbot in die Ukraine zu erhalten. Die beiden Abgeordneten machen trotzdem weiter und sammeln Spenden für ein Kinderkrankenhaus in Gorlowka (Donbass) und ein Krankenhaus in Donezk. Das Geld wird zu 100 Prozent für die Kinderhilfe verwendet. Das garantieren und belegen Wolfgang Gehrke und Andrej Hunko.

Spenden auf das Konto »Hilfe für die Kinder von Donezk« (Verwendungszweck) bei der Berliner Sparkasse, IBAN DE80 1005 0000 4184 6308 00 (Kontoinhaber: Wolfgang Gehrcke).

Deeskalation geht anders – wir wollen keinen Krieg gegen Russland!

Um einen langanhaltenden großen Krieg zu vermeiden, ist es höchste Zeit die Lage in der Ukraine zu deeskalieren und alles zu tun, um einen Waffenstillstand durchzusetzen. Aber was tut die EU? Einen Tag nachdem das „Minsk II“ Abkommen unterzeichnet wurde, was den Weg zu einem Waffenstillstand zeichnet, wurden die Sanktionen gegen Russland verschärft. Sieht so Deeskalation aus?

Gleichzeitig beschließt die NATO eine Eingreiftruppe gegen Russland. 6 neue Stützpunkte werden in den östlichen NATO-Ländern aufgebaut. Die „Speerspitze“ dieser Truppe aus 7000 Soldaten soll ab 2016 innerhalb von 3 Tagen einsatzbereit sein. Deutschland stellt 2000 Soldaten für diese schnelle Eingreiftruppe an der neuen alten Ostfront. Sind das „vertrauensbildende Maßnahmen“? Mit all dem nimmt der Westen eine Eskalation des neuen Kalten Krieges in einen heißen Konflikt mit Russland zumindest billigend in Kauf.

Wenn Sie selbst aktiv werden wollen gegen Kriegsgefahr, Medienpropaganda und Eskalationspolitik, dann beteiligen Sie sich am Darmstädter Friedensbündnis. Es trifft sich jeden ersten Donnerstag im Monat, 19 Uhr im Gewerkschaftshaus (Rheinstr. 50). [hh]

Griechenland – oder wer ist hier dreist?

„Erpresser“, „Chaostruppe“, „Polit-Ganoven“ - diese und viele andere Bezeichnungen erntet die neue griechische Regierung. „Dreist“ sei es, dass nicht alle Vorgaben der Troika klaglos umgesetzt werden. Stattdessen sollen weitere „Reformen“ folgen: Rentenkürzungen, Hungerlöhne, Abschaffung des Gesundheitssystems und weitere Privatisierungen. Das alles, um die Schulden Griechenlands bei den internationalen Gläubigern zu bezahlen.

Aber wessen Schulden sind das eigentlich? Die der griechischen Rentnerin, die „über ihre Verhältnisse gelebt“ hat? Nein. Es sind die Schulden der griechischen herrschenden Klasse. Es sind Schulden aus sogenannten Hilfspaketen, die niemandem Helfen außer den deutschen Banken, denen damit Zinsen gezahlt werden. Es sind Schulden für die U-Boote, die Griechenland Deutschland abgekauft hat, um damit NATO-Verpflichtungen nachzukommen. Es sind Schulden für Importe deutscher Billigwaren, mit denen griechische Waren vom Markt gedrängt wurden. Es sind nicht die Schulden der griechischen Arbeiterklasse, die aber jeden einzelnen Cent davon bezahlen soll.

Der Gegensatz liegt nicht zwischen „faulen Griechen“ und „fleißigen Deutschen“. Denn auch hierzulande zahlt die Arbeiterklasse für die Profite der Herrschenden durch Massenentlassungen, Niedriglöhne und Altersarmut. Auch bei uns drückt sich die herrschende Klasse vor Steuern und bekommt Milliarden-Rettungspakete, die ihr den Profit sichern. Sie sind die einzigen, die hier dreist sind.

Der Weg aus diesem Elend führt nicht über die Parlamente. Die griechische Regierung wird nichts daran ändern können, solange sie die Spielregeln Deutschlands, der EU und der griechischen Kapitalisten akzeptiert. Der einzige Weg hier wie auch in Griechenland, ist der Weg des Widerstands. Schuldenschnitt, Austritt aus NATO und EU und Enteignung der Schlüsselindustrien – der Kampf der Werktätigen Griechenlands für diese Forderungen, gegen den Raubzug der herrschenden Klasse verdient unsere uneingeschränkte Solidarität! [hh]

Termine

15. April 2015

Öffentliche Stadtteil-Begehung

Wie könnte der neue Haltepunkt Kranichstein aussehen?
10:00 Uhr Bahnhof Kranichstein

Unser Gesprächspartner ist der Darmstädter Stadtverordnete Werner Krone. Als ehemaliger Planer für Bahnanlagen wird er uns ins Thema einführen und steht für Fragen zur Verfügung.

Hilfestellung und Beratung für Hartz-IV-Betroffene

Die Gewerkschaftliche Arbeitsloseninitiative Darmstadt (GALIDA) trifft sich jeden **1. und 3. Dienstag im Monat um 18.00 Uhr** im LinksTreff Georg Fröba, Landgraf-Philipp-Anlage 32, Darmstadt.

21. - 25. Mai 2015

Festival der Jugend

<http://www.festival-der-jugend.de/>

Sommer, Sonne, Sozialismus

DAS Festival für Jugendliche, die sich nicht mit Jugendarbeitslosigkeit, Rassismus, miesen Schul-, Ausbildungs- oder Studienbedingungen und dem ganzen Müll dieses kapitalistischen Systems abfinden wollen, sondern gemeinsam was dagegen tun möchten. Mit Diskussionen, Filmen, cooler Musik und Jugendlichen aus unterschiedlichen Ländern.

Weitere Infos, Karten, Mitfahrmöglichkeiten bei der DKP Darmstadt.

Kontakt

DKP-Darmstadt-Dieburg-Bergstraße
Landgraf-Philipp-Anlage 32
64283 Darmstadt

Tel.: 06151/78 84 07

eMail: info@dkp-darmstadt.dewww.dkp-darmstadt.de**Impressum**

Der **blickpunkt Kranichstein** wird herausgegeben von der **Deutschen Kommunistischen Partei Darmstadt-Dieburg-Bergstraße**.

V.i.S.d.M.:

Rainer Keil, Heinr.-Fulda-Weg 13,
64289 DA-Kranichstein